

2013/8/001

## Einleitung

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

Die Piratenpartei Deutschland ist eine sozial-liberale Grundrechtspartei. Die Duisburger Piraten haben folgende Ideen, Vorstellungen und Ziele für die Kommunalwahl im Mai 2014 beschlossen.

[Modul 2 – Abstimmungsergebnis:       ]

Die Piratenpartei Duisburg ist weder links noch rechts - sondern für Duisburg! In den vorliegenden Kommunalprogramm haben wir unsere Ideen, Vorstellungen und Ziele zusammengefasst.

Wir wollen jedoch nicht nur die Stimme der Wähler und Wählerinnen, sondern wir interessieren uns auch für Ihre Meinung. Auf unseren Versammlungen treffen Sie nicht nur Mitglieder, sondern auch interessierte und engagierte Bürger. Termine und weitere Informationen finden sie unter: [www.piratenpartei-duisburg.de](http://www.piratenpartei-duisburg.de)

[Modul 3 – Abstimmungsergebnis:       ]

Die Piratenpartei Duisburg versteht sich als Bürgerrechtspartei der digitalen Informationsgesellschaft! In den vorliegenden Kommunalprogramm haben wir unsere Ideen, Vorstellungen und Ziele für Duisburg zusammengefasst.

## Rat und der Bezirksvertretungen

2013/8/002

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

### **Ausschuss für Bürgerangelegenheiten**

Ein großer Teil der Arbeit des Rates der Stadt geschieht in den Ausschüssen. Die Piratenpartei Duisburg möchte einen weiteren Ausschuss einrichten, der sich mit Bürgerangelegenheiten beschäftigt. Aufgaben des neuen Ausschusses soll es sein, zusammen mit dem Referat für Bürgerengagement und Bürgerangelegenheiten Bürgerinnen und Bürger bei Ihren Anliegen zu beraten und zu unterstützen und weitere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zu entwickeln und einzurichten.

2013/8/003

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

### **Sitzungsbeginn von Rats- und Bezirksvertretungen**

Die Sitzungen des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Duisburg sind öffentlich. Die Teilnahme eines großen Teiles der Bevölkerung wird dadurch verhindert, dass die Sitzungen (mit wenigen Ausnahmen) bereits um 15.00 Uhr beginnen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Sitzungen nicht vor 17.00 Uhr beginnen.

2013/8/004

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

### **Live-Übertragung**

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

Sitzungen des Rates, der Bezirksvertretungen und der Ausschüsse sollen live im Internet übertragen und Aufzeichnungen zum Abruf bereitgestellt werden.

[Modul 2 – Abstimmungsergebnis:       ]

Sitzungen des Rates und der Bezirksvertretungen sollen live im Internet übertragen und Aufzeichnungen zum Abruf bereitgestellt werden.

[Modul 3 – Abstimmungsergebnis:       ]

Sitzungen des Rates sollen live im Internet übertragen und Aufzeichnungen zum Abruf bereitgestellt werden.

[Modul 4 – Abstimmungsergebnis:       ]

Sitzungen des Rates und Ausschüsse sollen live im Internet übertragen und Aufzeichnungen zum Abruf bereitgestellt werden.

---

## Stadtverwaltung

2013/8/005

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

### **Veröffentlichung von Dokumenten**

Dokumente, die von den Verwaltungen erstellt oder in Auftrag gegeben werden, müssen für alle Bürger frei nutzbar sein. Wir streben daher die gemeinfreie Veröffentlichung aller Dokumente an. Ausnahmen von der Veröffentlichungspflicht sind nur bei schwerwiegenden Gründen möglich; diese müssen in jedem Einzelfall schriftlich dargelegt werden.

---

2013/8/006

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

### **Spitzenbeamte anonym wählen**

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass alle leitenden Funktionen in der Duisburger Verwaltung und der städtischen Tochterunternehmen nur noch über anonyme Bewerbungsverfahren besetzt werden.

---

2013/8/007

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

### **Freie, quelloffene Software und offene Datenformate**

Wir fordern die konsequente Nutzung von freier Software in der Verwaltung, soweit diese verfügbar, sie den Softwareanforderungen entspricht und die Anschaffung wirtschaftlich ist. Die Nutzung solcher Programme reduziert häufig Anschaffungs- und Betriebskosten durch

Herstellerunabhängigkeit. Bei freier wie unfreier Software ist darauf zu achten, dass Daten in offen dokumentierten Formaten abgelegt werden, um den Datenaustausch zu vereinfachen.

---

2013/8/008

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

#### **Erhalt der Bezirksämter**

Wir setzen uns dafür ein, dass in den Bezirken die Bezirksverwaltungen beibehalten werden. Schließen bzw. zusammenlegen von Bezirksverwaltungen bedeutet einen hohen Qualitätsverlust, z.B. bei Bürgerservice und Bürgernähe. Gerade ältere, gebrechliche oder sozial schwache Menschen sind aufgrund eingeschränkter Mobilität auf eine Verwaltung vor Ort angewiesen. Bei einer Zentralisierung sind die Menschen gezwungen, weite und beschwerliche Wege zu gehen, die für sie möglicherweise mit hohem Aufwand und Kosten verbunden sind.

---

2013/8/009

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

#### **Ratsinformationssystem verbessern**

Das Ratsinformationssystem soll benutzerfreundlicher werden. Eine erweiterte Suchfunktion, sowie verbesserte Download- und Verlinkungsmöglichkeiten sollen die Recherche erleichtern. Die Konvertierung in ein offenes Dokumentenformat muss gewährleistet sein.

---

### **Finanzen und Wirtschaft**

2013/8/010

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

#### **Keine weiteren PPP-Projekte**

Wir lehnen Public-Private-Partnership Projekte ab. Kurzfristig sorgen sie für Liquidität, langfristig aber sind sie teuer und dienen dem Gewinn des privaten Investors zu Lasten der Allgemeinheit. Private Unternehmen erhalten so Einfluss auf städtische Entscheidungen, der Einflussspielraum der Stadtverwaltung sinkt entsprechend.

---

2013/8/011

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

#### **Keine weitere Umwandlung von Gemeingut in Privateigentum**

In den letzten Jahrzehnten wurde vielfach Gemeingut in Privateigentum umgewandelt. Eines der jüngsten Beispiele ist das Grundstück der Stadtbibliothek an der Düsseldorfer Straße in

der Innenstadt, das günstig an den einzigen bietenden Investor abgegeben wurde. Wir halten diese Entwicklung für negativ, jeder Verkauf bringt zwar kurzfristig liquide Mittel, langfristig trägt er aber zur weiteren Verarmung der Stadt bei. Die Piratenpartei Duisburg fordert, von weiteren Umwandlungen von Gemeingut in Privatgut abzusehen.

---

2013/8/012

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

### **Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen**

Städtische Wirtschaftspolitik darf nicht wenige Großinvestoren fördern und ihnen allen Steine aus dem Weg räumen. Sinnvolle Wirtschaftspolitik fördert gerade die kleinen und mittleren Unternehmen, die ihre Steuern in Duisburg zahlen und die hier Arbeitsplätze schaffen.

---

## **Recht, Sicherheit und Ordnung**

2013/8/013

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

### **Notfallpläne veröffentlichen**

Duisburg wird von verschiedenen Katastrophenszenarien bedroht, z.B. durch verschiedenste Chemie-Standorte oder Unfälle bei der Gesellschaft für Nuklearservice in Wanheim oder auch durch die CO-Pipeline im Süden, falls deren Fertigstellung nicht verhindert werden kann. Wie schlecht die Koordination von Notfallplänen funktioniert hat und wie vage die Aussagen gegenüber der Öffentlichkeit waren, konnte man nach dem Brand des Düngerlagers in Krefeld 2012 sehen. Die Piratenpartei Duisburg setzt sich dafür ein, Notfallpläne zu erstellen, bzw. falls vorhanden zu überprüfen und der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Mögliche Fehlplanungen können so verhindert werden.

---

## **Bildung und Kultur**

2013/8/014

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

### **Kultur fördern**

Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil des städtischen Lebens. Wir brauchen in Duisburg mehr Kulturstätten in den Quartieren, die nicht kommerziell geführt werden. Das können offene kulturelle Begegnungsräume ebenso sein wie Atelierhäuser und vieles mehr. Die Förderung dieser Art von Kultur kann zur Belebung von benachteiligten Straßenzügen oder Stadtvierteln dienen. Hierzu sollten leerstehende städtische Gebäude genutzt werden.

---

2013/8/015

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis: ]

**Kulturhaushalt**

Die Piratenpartei Duisburg möchte den Kulturhaushalt so umschichten, dass ein vielfältiges kulturelles Leben in der Stadt gewährleistet wird. Darunter verstehen wir z.B. Kleinkunsthäuser, Laientheatern, Einrichtungen kultureller Vereine, kleinere Einzelprojekte sowie nicht-kommerzielle Kulturprojekte jeder Art.

Deshalb fordern wir: Keine finanzielle Förderung von Elitekultur, stattdessen Förderung von bürgernaher und kostengünstiger Kleinkultur.

Hohe Millionenbeträge für Eliteprojekte sind zu viel, wenn anderswo die kulturellen Angebote vor Ort schrumpfen. Dazu gehört unter der derzeitigen Finanzsituation der Verzicht auf den Unterhalt einer eigenen Oper und eines eigenen Symphonieorchesters.

2013/8/016

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis: ]

**Stadtbibliothek fördern und nicht weiter abbauen**

Die Piratenpartei Duisburg fordert den Erhalt der Duisburger Stadtbibliothek und ihrer Filialen als attraktive Kultureinrichtung.

Die Duisburger Stadtbibliothek ist eine der erfolgreichsten Kultureinrichtungen der Stadt. In den vergangenen Jahren wurde sie durch Etatkürzungen mehrfach in Schwierigkeiten gebracht. So konnten nur wenige neue Medien angeschafft werden. Durch den Umzug in das im Bau befindliche Stadtfenster verliert sie einen erheblichen Anteil ihrer Fläche, muss also auch hierdurch ihren Medienbestand verringern. Hinzu kommen nach dem Umzug städtischen Mietzahlungen an einen privaten Investor. Die Piratenpartei befürchtet, dass dies alles dazu führt, dass auch in Zukunft immer weniger Medien angeschafft werden können und die Stadtbibliothek immer unattraktiver wird.

**Arbeit, Soziales und Gesundheit**

2013/8/017

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis: ]

**GEBAG erhalten**

Wir fordern den Verbleib von kommunalem Wohneigentum im Besitz der Stadt. In der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, dass der Verkauf des kommunalen Wohneigentums an private Investoren für die Mieter innerhalb kürzester Zeit zu höheren Kosten geführt hat. Dies zeigt, dass der Verkauf des Bestandes an Wohneigentum im Besitz von Städten und Gemeinden der sozialen Verpflichtung der Kommunen entgegensteht. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt der GEBAG ein. Es gehört zur unmittelbaren Daseinsvorsorge und damit zu den Kernaufgaben der Stadt, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Wir möchten dass die GEBAG sich in Zukunft allein dieser Aufgabe widmet.

2013/8/018

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

**Zuwanderung**

Die Erweiterung der Europäischen Union um viele Staaten des ehemaligen Ostblocks hat dazu geführt, dass auch Duisburger Unternehmen profitieren. Alle europäischen Bürger genießen das uneingeschränkte Recht, sich in Deutschland aufzuhalten und Arbeit zu suchen. Die Piratenpartei erkennt dieses Recht ausdrücklich an. Wir betrachten offene Grenzen in der Europäischen Union als wertvolle Erweiterung persönlicher Freiheiten. Unterstellungen und allgemeine Kriminalisierung einzelner Bevölkerungsgruppen lehnen wir in aller Deutlichkeit ab.

2013/8/019

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

**Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen**

Wir fordern die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Duisburg. Angesichts des Wohnungsleerstandes in Duisburg sollen geeignete Objekte zur Unterbringung genutzt werden. Eine zentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Massenunterkünften ist menschenunwürdig und verhindert die schnelle Einbindung in das Leben in Duisburg.

**Stadtplanung und Verkehr**

2013/8/020

[Modul 1 – Abstimmungsergebnis:       ]

**Bürgerbeteiligung**

Die Bürger müssen früher als bisher in die Planung von Projekten eingebunden werden. Insbesondere bei öffentlichen Bauvorhaben wird die breite Öffentlichkeit oft erst in den wenigen Wochen der Einspruchsfrist im Planfeststellungsverfahren mehr oder weniger umfassend informiert. Wir wollen die aktive Bürgereinbindung ab Beginn der Planungen umsetzen.

Bei besonders großen Projekten, die den Charakter der Stadt und das Stadtbild verändern, soll rechtzeitig vor Beginn eine Bürgerbefragung durchgeführt werden. Dadurch wird es erforderlich, Projekte öffentlich zu machen und alle Argumente vorzulegen. Projekte, für die die Bürger gestimmt haben, haben eine hohe Legitimität und das fertiggestellte Projekt wird von der Bevölkerung auch angenommen. Fehlplanungen und mangelnde Akzeptanz lassen sich so vermeiden.